

Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 3. Sitzung am 22. Juli 2015 folgende Beschlüsse gefasst und nachstehende Wahlen vorgenommen:

1. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:
 1. Wahl von vier Mitgliedern des Stiftungsrates der Stiftung „Wohnliche Stadt“
 2. Neubildung des Landesjugendhilfeausschusses
 3. Wahl von sieben Vertrauensleuten und sieben Vertreterinnen/Vertretern des Ausschusses zur Wahl der Richterinnen/Richter des Verwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts
 4. „Operation Last Chance“ - Die letzten lebenden NS-Täter müssen ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden
Antrag der Fraktion der CDU
vom 1. Juli 2015
(Drucksache [19/13](#))
 5. „Vorausschauende Polizeiarbeit“ ermöglichen - Einbruchskriminalität effektiver bekämpfen - Menschen im Land vor Einbrecherbanden schützen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2015
(Drucksache [19/18](#))
2. Wahl von sechs Mitgliedern und zwölf stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und Stellvertreter des Staatsgerichtshofs:

Prof. Dr. Galf-Peter Callies, Universität Bremen

1. Stellvertreterin: Katrin Piepho, Rechtsanwältin und Notarin, Bremen
2. Stellvertreter: Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano, Universität Bremen

Wolfgang Grotheer, Vizepräsident des Landgerichts Bremen

1. Stellvertreter: Dr. Klaus-Dieter Schromek, Richter am Oberlandesgericht Bremen
2. Stellvertreter: Dr. Jochen Bachmann, Rechtsanwalt, Bremen

Uwe Lissau, Präsident des Amtsgerichts Bremerhaven

1. Stellvertreter: Adolf Claussen, Direktor des Arbeitsgerichts Bremen/Bremerhaven a. D.
2. Stellvertreter: Dr. Thorsten Garbe, Vizepräsident am Landgericht Bückeburg

Prof. Dr. Barbara Remmert, Universität Tübingen

1. Stellvertreterin: Claudia Twietmeyer, Richterin am Verwaltungsgericht Bremen
2. Stellvertreter: Dr. Thomas Brinkmann, Rechtsanwalt und Notar, Bremen

Prof. Dr. Sabine Schlacke, Universität Bremen

1. Stellvertreterin: Sabine Heinke, Richterin am Amtsgericht Bremen
2. Stellvertreterin: Dr. Stefanie Scholl, Rechtsanwältin, Bremen

Christine Vollmer, Rechtsanwältin, Bremen

1. Stellvertreter: Dr. Rolf Gössner, Rechtsanwalt, Bremen

2. Stellvertretendes Mitglied gemäß § 2 Absatz 3 Satz 2 BremStGHG:
Karin Goldmann, Präsidentin des Landgerichts Bremen

3. Vereidigung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten gemäß § 4 Absatz 2 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof vor der Bürgerschaft folgenden Eid:

"Ich schwöre, dass ich als gerechter Richter allezeit die Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Gesetze getreulich wahren und meine richterlichen Pflichten gewissenhaft erfüllen werde."

Die Mitglieder des Staatsgerichtshofs leisten den Eid mit folgenden Worten:

Herr Prof. Dr. Callies: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Herr Grotheer: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Herr Lissau: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Frau Prof. Dr. Remmert: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Frau Prof. Dr. Schlacke: „Das schwöre ich, so wahr mir Gott helfe.“

Frau Vollmer: „Das schwöre ich.“

4. Regierungserklärung

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Regierungserklärung des Senats Kenntnis.

5. Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen/der Gruppe kein Thema beantragt worden.

6. Fragestunde

1. Wie zusätzlich sind die zusätzlichen Lehrkräfte im Koalitionsvertrag?
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE
vom 8. Juli 2015
2. Verbleib der Schulabsolventinnen/Schulabsolventen 2014
Anfrage der Abgeordneten Claudia Bernhard, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom
9. Juli 2015
3. Einführung einer „Heuschreckensteuer“ im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Nelson Janßen, Cindi Tuncel, Kristina Vogt
und Fraktion DIE LINKE vom 10. Juli 2015
4. Wie erfolgreich ist die Tuberkulose-Vorsorge in Bremen?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juli 2015
5. Zukunft der Exzellenzinitiative
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juli 2015
6. Hilfen zum Lebensunterhalt bei „umzuverteilenden“ Flüchtlingen
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Dr. Thomas vom Bruch,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juli 2015
7. Mieterhöhungen durch die Deutsche Annington
Anfrage der Abgeordneten Susanne Wendland, Dr. Maike Schaefer und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Juli 2015

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

7. Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der
Gründe und des Ablaufs des Anti-Terror-Einsatzes vom 27. Februar bis 1. März 2015 in
Bremen
Antrag der Abgeordneten Claudia Bernhard, Peter Erlanson, Nelson Janßen, Sophia
Leonidakis, Klaus-Rainer Rupp, Miriam Strunge, Cindi Tuncel, Kristina Vogt, Sandra Ahrens,
Rainer Bensch, Paul Bödeker,
Dr. Thomas vom Bruch, Jens Eckhoff, Susanne Grobien, Wilhelm Hinners, Frank Imhoff, Jörg
Kastendiek, Silvia Neumeyer, Claas Rohmeyer,
Thomas Röwekamp, Heiko Strohmann
vom 14. Juli 2015
(Drucksache [19/24](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen aus 9 Mitgliedern und 9 stellvertretenden Mitgliedern
bestehenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, im Rahmen der
verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes, die Gründe und den Ablauf des Anti-Terror-Einsatzes,
insbesondere am Wochenende vom 27. Februar bis 1. März 2015, zu untersuchen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss soll klären, wie der genaue zeitliche Rahmen der Observations- und Durchsuchungsmaßnahme des Islamischen Kulturzentrums Bremen e. V. (IKZ) war, welche Entscheidungsgrundlagen dafür vorlagen, wer welche Entscheidungen getroffen hat und dafür verantwortlich ist, und wie die Koordination mit anderen Behörden sowie Kooperationsstellen und Kommunikationsplattformen erfolgte.

Über das Ergebnis der Untersuchungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ist der Bürgerschaft (Landtag) Bericht zu erstatten.

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich auf folgende Themenkomplexe:

- Entscheidungsgrundlagen für die getroffene Durchsuchung des IKZ;
- Einsatzorganisation, Koordinierung und Kontrolle des Einsatzgeschehens, Struktur und Zusammenarbeit der zuständigen bremischen Behörden und Abteilungen von Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und den senatorischen Dienststellen bei der Durchsuchung des IKZ;
- Zusammenarbeit der bremischen Behörden und Abteilungen untereinander und mit den Bundesbehörden und den Behörden in den anderen Ländern sowie Kooperationsstellen und Kommunikationsplattformen;
- Konsequenzen aus dem untersuchten Einsatz in Form veränderter Verfahren und Strategien und verbesserten parlamentarischen Informationen;
- die politische und administrative Verantwortung, insbesondere des Senators für Inneres und Sport;
- Konsequenzen aus dem zu untersuchenden Sachverhalt für die Verbesserung bei künftigen Terrorlagen und Anti-Terror-Einsätzen.

Dabei sollen insbesondere folgende Sachverhalte untersucht werden:

- Gründe für die erfolgte Durchsuchung des IKZ,
- chronologischer Rahmen der erfolgten Durchsuchungsmaßnahme des IKZ,
- chronologischer Ablauf der Zusammenarbeit der bremischen Behörden und Abteilungen untereinander und mit den Bundesbehörden und den Behörden in den anderen Ländern sowie den Kooperationsstellen und Kommunikationsplattformen,
- Abstimmungsprozess mit den Bundesbehörden und den Behörden der anderen Länder,
- erforderliche Ausstattung, fachliche Standards und Struktur der Sicherheitsbehörden zur Bewältigung von Terrorlagen und Anti-Terror-Einsätzen und Zusammenwirken der Sicherheitsbehörden der Länder und des Bundes.

8. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Anti-Terror-Einsatz in Bremen“

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Anti-Terror-Einsatz in Bremen“:

Mitglieder

Grotheer, Antje (SPD)

Senkal, Sükrü (SPD)

Tschöpe, Björn (SPD)

Hinners, Wilhelm (CDU)

Röwekamp, Thomas (CDU)

Dr. Müller, Henrike
(Bündnis 90/Die Grünen)

Zicht, Wilko
(Bündnis 90/Die Grünen)

Vogt. Kristina (DIE LINKE)

Zenner, Peter (FDP)

Stellvertreter/-innen

Aulepp, Sascha (SPD)

Böschen, Sybille (SPD)

Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)

Dr. vom Bruch, Thomas (CDU)

Strohmann, Heiko (CDU)

Dogan, Sülmez
(Bündnis 90/Die Grünen)

Dr. Kappert-Gonther, Kirsten
(Bündnis 90/Die Grünen)

Janßen, Nelson (DIE LINKE)

Buchholz, Rainer(FDP)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Björn Tschöpe zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Thomas Röwekamp zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

9. Parlamentarische Kontrolle in Deputationen verbessern -
Gesetz zur Änderung des Deputationsgesetzes
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 2015
(Drucksache [19/1](#))
1. Lesung

Der Gesetzesantrag ist erledigt durch die Drucksache [19/26](#).

10. Verlagerung der Deputationsassistenten von den Ressorts zur Bürgerschaftskanzlei
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juni 2015
(Drucksache [19/2](#))

Der Antrag ist erledigt durch die Drucksache 19/26.

11. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Deputationen
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 20. Juli 2015
(Drucksache [19/26](#))
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

12. Einsetzung eines staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/33](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß Artikel 105 Absatz 1 der Landesverfassung einen staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss ein.

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) überträgt dem Haushalts- und Finanzausschuss gemäß Artikel 105 Absatz 3 der Landesverfassung die Aufgaben nach Artikel 101 Absatz 1 Nummern 3, 4, 6 und 7 der Landesverfassung.

Geschäfte mit einem Gegenstandswert unterhalb 200.000 € werden als Geschäfte der laufenden Verwaltung im Sinne von Artikel 101 Absatz 1 Nummern 6 und 7 der Landesverfassung angesehen. Davon abweichend werden - befristet bis zum 31. Dezember 2017 - Grundstücksgeschäfte im Zusammenhang mit der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften mit einem Gegenstandswert unterhalb 500.000 € als Geschäfte der laufenden Verwaltung angesehen. Die Verwaltung berichtet dem Haushalts- und Finanzausschuss laufend über derartige Grundstücksgeschäfte.

2. Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen, der Eigenbetriebe und sonstiger Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen wahr.

Die Bürgerschaft (Landtag) überträgt dem Haushalts- und Finanzausschuss die Aufgaben der Bürgerschaft nach §§ 17 Absatz 3 Satz 2, 18 Absatz 3, 20 Absatz 1 und 6, 25 Absatz 1 sowie 36 Absatz 5 des Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG).

Der Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Aufgaben eines Sondervermögensausschusses nach dem Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen (BremSVITG) und nach dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Bremen (BremVersRückIG) wahr. Seine Aufgaben nach dem Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds nimmt er als Sondervermögensausschuss des Bremer Kapitaldienstfonds wahr.

3. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat zudem die Aufgabe, das Personalmanagement und die Reform der Verwaltung des Landes parlamentarisch zu behandeln und zu kontrollieren.

Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, ständige oder nichtständige Unterausschüsse zu errichten und diesen durch Beschluss Aufgaben zu übertragen. Der Haushalts- und Finanzausschuss berichtet der Bürgerschaft (Landtag) über die Errichtung und über die den Unterausschüssen übertragenen Aufgaben. Die Unterausschüsse berichten regelmäßig dem Haushalts- und Finanzausschuss über ihre Tätigkeit.

4. Der Haushalts- und Finanzausschuss wird zu Beginn der Legislaturperiode einmalig die bereits beschlossenen, aber noch nicht begonnenen Maßnahmen einer Prüfung unterziehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss wird ermächtigt, bereits beschlossene Maßnahmen systematisch hinsichtlich ihrer Notwendigkeit, Aktualität der Planung und Finanzierbarkeit zu überprüfen und gegebenenfalls Beschlussänderungen herbeizuführen.

Der Ausschuss besteht aus 13 Mitgliedern und 13 stellvertretenden Mitgliedern.

13. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder

Gottschalk, Arno

Liess, Max

Reinken, Dieter

Schmidt, Uwe

Tuchel, Valentina

Stellvertreter/-in

Dehne, Stephanie

Güngör, Mustafa

Tsartilidis, Elias

Weber, Christian

Weigelt, Helmut

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder

Dr. vom Bruch, Thomas

Eckhoff, Jens

Hinners, Wilhelm

Stellvertreter

Bensch, Rainer

Bödeker, Paul

Röwekamp, Thomas

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder

Dogan, Sülmez

Dr. Schierenbeck, Anne

Stellvertreter

Bücking, Robert

Özdal, Turhal

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied

Rupp, Klaus-Rainer

Stellvertreterin

Vogt, Kristina

Von der FDP-Fraktion:

Mitglied

Prof. Dr. Hiltz, Hauke

Stellvertreterin

Steiner, Lencke

Von der Gruppe BBR:

Mitglied

Leidreiter, Piet

Stellvertreter

Remkes, Klaus

14. Einsetzung eines staatlichen Petitionsausschusses
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU,
DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/34](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß § 4 Abs. 1 des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft einen staatlichen Petitionsausschuss ein.

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

Vorbereitung der Beschlussfassung der Bürgerschaft (Landtag) über die Behandlung von Petitionen auf Grundlage des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft.

Der Ausschuss besteht aus 11 Mitgliedern und 11 stellvertretenden Mitgliedern.

15. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des staatlichen Petitionsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Petitionsausschusses:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder

Aulepp, Sascha

Öztürk, Patrick

Peters-Rehwinkel, Insa

Seyrek, Ali

Stellvertreter/-in

Bolayela, Elombo

Dehne, Stephanie

Hamann, Rainer

Weigelt, Helmut

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder

Lucht, Sascha

Rohmeyer, Claas

Dr. Yazici, Oguzhan

Stellvertreter/-innen

Grobien, Susanne

Lübke, Marco

Schnittker, Christine

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder

Özidal, Turhal

Öztürk, Mustafa

Stellvertreter/-in

Dogan, Sülmez

Dr. Güldner, Matthias

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied

Leonidakis, Sophia

Stellvertreter

Tuncel, Cindi

Von der FDP-Fraktion:

Mitglied

Buchholz, Rainer

Stellvertreterin

Kohlrausch, Julie

16. Einsetzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/35](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß Artikel 105 Abs. 7 der Landesverfassung einen Ausschuss für die Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen ein. Aufgabe des Ausschusses für die

Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen ist die parlamentarische Kontrolle und Begleitung aller hafenpolitischen Angelegenheiten.

Der Ausschuss besteht aus 11 Mitgliedern und 11 stellvertretenden Mitgliedern.

17. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder

Acar, Mehmet S.

Kottisch, Andreas

Schmidt, Uwe

Tsartilidis, Elias

Stellvertreter/-in

Böschen, Sybille

Crueger, Jens

Güngör, Mustafa

Reinken, Dieter

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder

Bödeker, Paul

Kastendiek, Jörg

Lucht, Sascha

Stellvertreterinnen

Bergmann, Birgit

Grobien, Susanne

Schnittker, Christine

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder

Fecker, Björn

Özdal, Turhal

Stellvertreter/-in

Dogan, Sülmez

Öztürk, Mustafa

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied

Rupp, Klaus-Rainer

Stellvertreter

Janßen, Nelson

Von der FDP-Fraktion:

Mitglied

Stellvertreterin

Prof. Dr. Hiltz, Hauke

Steiner, Lencke

18. Einsetzung des Rechtsausschusses
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/36](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß Artikel 105 Absatz 1 Satz 1 der Landesverfassung einen Rechtsausschuss ein.

Der Rechtsausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Angelegenheiten der Justiz und Verfassung,
2. Mitwirkung an der Gesetzgebung aufgrund von der Bürgerschaft (Landtag) überwiesener Gesetzesvorlagen.

Dem Rechtsausschuss gehören 13 Mitglieder und 13 stellvertretende Mitglieder an.

19. Einsetzung eines staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/37](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen staatlichen Rechnungsprüfungsausschuss ein.

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft die Haushaltsrechnungen der Freien Hansestadt Bremen unter Berücksichtigung der Berichte des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen.
2. Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft die Rechnungen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen.
3. Der Rechnungsprüfungsausschuss berichtet der Bürgerschaft (Landtag) über seine Beratungsergebnisse zu Ziff. 1 und 2.
4. Der Rechnungsprüfungsausschuss überwacht die Umsetzung seiner Beschlüsse zu 1.
5. Der Rechnungsprüfungsausschuss führt das Auswahlverfahren zur Wahl eines Mitglieds des Rechnungshofs durch und legt dem Vorstand der Bremischen Bürgerschaft einen Wahlvorschlag vor.

Der Rechnungsprüfungsausschuss wird ermächtigt, für die Prüfung der Rechnungen des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen sowie für weitere Aufgaben Unterausschüsse mit bis zu 5 Mitgliedern zu errichten.

Die Haushaltsrechnungen, die Berichte des Rechnungshofs, die Rechnungen des Rechnungshofs und die Mitteilungen des Senats aufgrund der Berichte des Rechnungshofs sind vom Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft dem Ausschuss nach Druck der Vorlagen unmittelbar zuzuleiten.

Der Ausschuss besteht aus 11 Mitgliedern und 11 stellvertretenden Mitgliedern.

20. Einsetzung eines Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, der CDU, DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/38](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit ein.

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Beratung von allen Fragen des Wissenschaftsbereichs, der Universität Bremen und der Hochschulen im Land Bremen,
2. Förderung der Potenziale des Wissenschaftsstandorts Bremen/Bremerhaven,
3. Befassung mit der universitären und außeruniversitären Forschung im Rahmen der Zuständigkeiten der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz,
4. Begleitung des Wegs der Freien Hansestadt Bremen in die Informations- und Wissenschaftsgesellschaft,
5. Beratung landespolitischer Initiativen und Projekte zur Entwicklung der Medienwirtschaft und von Medienkompetenz,
6. Vorbereitung parlamentarischer Entscheidungen über die konzeptionelle und finanzielle Struktur entsprechender Landesprogramme und Begleitung der Umsetzung,
7. Beratung von medienpolitischen Staatsverträgen und gesetzlichen Vorschriften sowie anderer medienpolitischer Gegenstände,
8. Vorbereitung von Angelegenheiten des Presserechts und des Informationsfreiheitsgesetzes,
9. Wahrnehmung der Aufgaben nach § 35 des Bremischen Datenschutzgesetzes.

Der Ausschuss besteht aus 11 Mitgliedern und 11 stellvertretenden Mitgliedern.

21. Einsetzung eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/39](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit ein.

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Fragen der politischen Entwicklung im Bund und in Europa - insbesondere Fragen im Zusammenhang mit der Europäischen Union - sowie grundlegende Fragen der Zusammenarbeit mit den Ländern und anderen Staaten, die Auswirkungen auf das Land Bremen haben können, zu beraten und die Willensbildung der Bürgerschaft in diesen Fragen vorzubereiten,
2. die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit, die auf den Aufbau nachbarschaftlicher Beziehungen, auf das Zusammenwachsen Europas und auf die friedliche Entwicklung der Welt gerichtet ist, im Sinne des Artikel 65 Absatz 2 der Landesverfassung zu fördern und
3. die Aktivitäten der Bremer Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, im Rahmen dieser Zusammenarbeit Projekte zu betreuen, voranzubringen und/oder zu initiieren, den Kontakt zu den jeweiligen Partnern und Netzwerken zu pflegen und das Bewusstsein für die Entwicklungszusammenarbeit zu stärken.

Die Bürgerschaft (Landtag) überträgt dem Ausschuss gemäß Artikel 105 Absatz 3 der Landesverfassung das Recht, in Fällen einer Subsidiaritätsrüge nach Artikel 6 des Protokolls über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit des Vertrags von Lissabon oder bei sonstigen kurzfristigen Stellungnahmen zu Bundesratsentscheidungen für die Bürgerschaft Stellung zu nehmen, wenn dies zur Einhaltung der Fristen notwendig ist.

Der Ausschuss besteht aus 11 Mitgliedern und 10 stellvertretenden Mitgliedern.

22. Einsetzung eines Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der FDP
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/40](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Gleichstellung von Frauen und Männern als wichtige gesellschaftliche Querschnittsaufgabe an. Deshalb setzt die Bürgerschaft (Landtag) einen ständigen Ausschuss für die Gleichstellung der Frau ein.

Der Ausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Beratung und Vorschlag von Maßnahmen zur Beseitigung nach wie vor bestehender struktureller Benachteiligung von Frauen und Mädchen, insbesondere Alleinerziehender, die geeignet sind, deren gleichberechtigte gesellschaftliche und ökonomische Teilhabe in allen Bereichen, insbesondere im Bereich der Ausbildung und im Berufsleben, zu gewährleisten und zu verbessern,

2. Beratung und Vorschlag von Maßnahmen, die der Bekämpfung und Prävention von Gewalt gegen Frauen und Mädchen dienen,

3. Parlamentarische Kontrolle, Begleitung und Förderung der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming und Gender Budgeting) im Handeln der Regierung, Verwaltungen und Gesellschaften,

4. Begleitung aller gleichstellungspolitischen Angelegenheiten.

Der Ausschuss besteht aus 11 Mitgliedern und 11 stellvertretenden Mitgliedern.

23. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der übrigen noch einzusetzenden ständigen Ausschüsse im Sinne des Artikel 105 Absatz 1 Satz 1 der Bremischen Landesverfassung

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des **Rechtsausschusses**:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder

Aulepp, Sascha

Grotheer, Antje

Rosenkötter, Ingelore

Sprehe, Heike

Welt, Holger

Stellvertreter/-innen

Crueger, Jens

Mahnke, Manuela

Senkal, Sükrü

Tuchel, Valentina

Weigelt, Helmut

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder

Lübke, Marco

Hinners, Wilhelm

Dr. Yazici, Oguzhan

Stellvertreter/-in

Dr. vom Bruch, Thomas

Neumeyer, Silvia

Röwekamp, Thomas

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder

Dogan, Sülmez

Özdal, Turhal

Stellvertreter

Fecker, Björn

Zicht, Wilko

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied

Erlanson, Peter

Stellvertreterin

Vogt, Kristina

Von der FDP-Fraktion:

Mitglied

Zenner, Peter

Stellvertreter

Buchholz, Rainer

Von der Gruppe BBR:

Mitglied

Remkes, Klaus

Stellvertreter

Schäfer, Christian

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des **staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses**:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder

Gottschalk, Arno

Liess, Max

Reinken, Dieter

Schmidt, Uwe

Stellvertreter/-in

Dehne, Stephanie

Güngör, Mustafa

Tsartilidis, Elias

Weigelt, Helmut

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder

Dr. vom Bruch, Thomas

Eckhoff, Jens

Hinners, Wilhelm

Stellvertreter

Bensch, Rainer

Bödeker, Paul

Röwekamp, Thomas

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder

Bücking, Robert

Dr. Schierenbeck, Anne

Stellvertreterinnen

Dr. Müller, Henrike

Wendland, Susanne

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied

Rupp, Klaus-Rainer

Stellvertreterin

Vogt, Kristina

Von der FDP-Fraktion:

Mitglied

Prof. Dr. Hiliz, Hauke

Stellvertreterin

Steiner, Lencke

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des **Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit:**

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder

Gottschalk, Arno

Grotheer, Antje

Hamann, Rainer

Öztürk, Patrick

Stellvertreter/-in

Aulepp, Sascha

Güngör, Mustafa

Seyrek, Ali

Tsartilidis, Elias

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder

Bergmann, Birgit

Grobien, Susanne

Schnittker, Christine

Stellvertreter

Dr. vom Bruch, Thomas

Lucht, Sascha

Rohmeyer, Claas

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder

Dr. Müller, Henrike

Öztürk, Mustafa

Stellvertreter

Bücking, Robert

Zicht, Wilko

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied

Strunge, Miriam

Stellvertreter

Janßen, Nelson

Von der FDP-Fraktion:

Mitglied

Dr. Buhlert, Magnus

Stellvertreter

Zenner, Peter

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des **Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit:**

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder

Bolayela, Elombo

Grotheer, Antje

Mahnke, Manuela

Tuchel, Valentina

Stellvertreter/-in

Dehne, Stephanie

Gottschalk, Arno

Hamann, Rainer

Öztürk, Patrick

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder

Eckhoff, Jens

Grobien, Susanne

Stellvertreter/-in

Dr. vom Bruch, Thomas

Grönert, Sigrid

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder

Dr. Müller, Henrike

Saffe, Jan

Stellvertreter

Fecker, Björn

Özdal, Turhal

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied

Leonidakis, Sophia

Stellvertreter

Tuncel, Cindi

Von der FDP-Fraktion:

Mitglied

Zenner, Peter

Stellvertreterin

Steiner, Lencke

des Weiteren:

Ravens, Bernd (parteilos)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des **Ausschusses für die Gleichstellung der Frau:**

Von der SPD-Fraktion:

Mitglieder

Böschen, Sybille

Bolayela, Elombo

Mahnke, Manuela

Rosenkötter, Ingelore

Stellvertreterinnen

Dehne, Stephanie

Krümpfer, Petra

Peters-Rehwinkel, Insa

Sprehe, Heike

Von der CDU-Fraktion:

Mitglieder

Bergmann, Birgit

Grönert, Sigrid

Neumeyer, Silvia

Stellvertreterinnen

Ahrens, Sandra

Grobien, Susanne

Schnittker, Christine

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder

Dogan, Sülmez

Dr. Müller, Henrike

Stellvertreterinnen

Dr. Kappert-Gonther, Kirsten

Dr. Schierenbeck, Anne

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied

Bernhard, Claudia

Stellvertreterin

Leonidakis, Sophia

Von der FDP-Fraktion:

Mitglied

Steiner, Lencke

Stellvertreterin

Kohlrausch, Julie

24. Wahl von drei Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern des Kontrollausschusses nach dem Polizeigesetz

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder für den Kontrollausschuss nach dem Polizeigesetz:

Von der SPD-Fraktion:

Mitglied

Senkal, Sükrü

Stellvertreter

Tschöpe, Björn

Von der CDU-Fraktion:

Mitglied

Hinners, Wilhelm

Stellvertreter

Röwekamp, Thomas

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglied

Zicht, Wilko

Stellvertreter

Öztürk, Mustafa

25. Wahl von drei Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern der Parlamentarischen Kontrollkommission

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder:

Von der SPD-Fraktion:

Tschöpe, Björn
Stellvertreter: Senkal, Sükrü

Von der CDU-Fraktion:

Röwekamp, Thomas
Stellvertreter: Hinners, Wilhelm

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Dr. Schaefer, Maike
Stellvertreter: Zicht, Wilko

26. Einsetzung der staatlichen Deputationen
Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, Bündnis 90/Die Grünen,
DIE LINKE und der FDP
vom 22. Juli 2015
(Drucksache [19/42](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt gemäß Artikel 129 Absatz 1 Satz 1 der Landesverfassung folgende staatliche Deputationen ein:

- a) Deputation für Bildung und Kinder, die Deputation hat 11 Mitglieder,
- b) Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft, die Deputation hat 11 Mitglieder,
- c) Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz, die Deputation hat 11 Mitglieder,
- d) Deputation für Soziales, Jugend und Integration, die Deputation hat 11 Mitglieder,
- e) Deputation für Inneres, die Deputation hat 10+1 Mitglieder,
- f) Deputation für Kultur, die Deputation hat 11 Mitglieder,
- g) Deputation für Sport, die Deputation hat 11 Mitglieder,
- h) Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, die Deputation hat 13 Mitglieder.

Die Deputationen haben folgende Aufgaben:

I. Gemäß Artikel 129 Absatz 1 Satz 1 der Landesverfassung:

1. Vorbehaltlich der Bestimmung des Artikels 67 Absatz 2 der Landesverfassung, Beratung und Beschlussfassung über die Angelegenheiten der jeweiligen Verwaltungszweige, wie sie sich aus der Geschäftsverteilung des Senats ergeben, und

2. beratende Mitwirkung an der Aufstellung des Haushaltplans für die entsprechenden Verwaltungszweige.

II. Gemäß Artikel 129 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 105 Absatz 3 der Landesverfassung:

1. Beratung und Beschlussfassung über die der Deputation von der Bürgerschaft (Landtag) erteilten Aufträge,

2. Beratung und Berichterstattung über von der Bürgerschaft (Landtag) überwiesene Angelegenheiten.

27. Wahl der Mitglieder der staatlichen Deputationen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder in die nachstehenden Deputationen:

Deputation für Bildung und Kinder

Von der SPD-Fraktion:

Acar, Mehmet S.

Bösch, Sybille

Güngör, Mustafa

Hanke, Catharina

Von der CDU-Fraktion:

Dr. vom Bruch, Thomas

Peters, Monika

Schnittker, Christine

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Dr. Güldner, Matthias

Dr. Müller, Henrike

Von der Fraktion DIE LINKE:

Vogt, Kristina

Von der Fraktion der FDP:

Kohlrausch, Julie

Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft

Von der SPD-Fraktion:

Crueger, Jens

Hamann, Rainer

Pohlmann, Jürgen

Schiemann, Anja

Von der CDU-Fraktion:

Imhoff, Frank

Neumeyer, Silvia

Schwarz, Ralf

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Dr. Schaefer, Maike

Dr. Schierenbeck, Anne

Von der Fraktion DIE LINKE:

Janßen, Nelson

Von der Fraktion der FDP:

Schomacker, Bernd

Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz

Von der SPD-Fraktion:

Dehne, Stephanie

Lauterbach-Wenig, Iris

Reinken, Dieter

Welt, Holger

Von der CDU-Fraktion:

Bensch, Rainer

Bodeit, Hartmut

Lucht, Sascha

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Dr. Kappert-Gonther, Kirsten

Saffe, Jan

Von der Fraktion DIE LINKE:

Erlanson, Peter

Von der Fraktion der FDP:

Dr. Buhlert, Magnus

Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Von der SPD-Fraktion:

Markmann, Sabine

Möhle, Klaus

Öztürk, Patrick

Tuchel, Valentina

Von der CDU-Fraktion:

Dumas, Hela

Grönert, Sigrid

Lürßen, Helga

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Dogan, Sülmez

Wendland, Susanne

Von der Fraktion DIE LINKE:

Erlanson, Peter

Von der Fraktion der FDP:

Dr. Buhlert, Magnus

Deputation für Inneres

Von der SPD-Fraktion:

Aulepp, Sascha

Senkal, Sükrü

Tuchel, Valentina

Welt, Holger

Von der CDU-Fraktion:

Hinners, Wilhelm

Schnittker, Christine

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Öztürk, Mustafa

Zicht, Wilko

Von der Fraktion DIE LINKE:

Wesemann, Horst

Von der Fraktion der FDP:

Zenner, Peter

des Weiteren:

Timke, Jan (BIW)

Deputation für Kultur

Von der SPD-Fraktion:

Bolayela, Elombo

Crueger, Jens

Gottschalk, Arno

Senkal, Sükrü

Von der CDU-Fraktion:

Grobien, Susanne

Michalik, Martin

Rohmeyer, Claas

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Dr. Kappert-Gonther, Kirsten

Yildiz, Kabire

Von der Fraktion DIE LINKE:

Strunge, Miriam

Von der FDP-Fraktion:

Drechsel, Ulf-Brün

Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen

Von der SPD-Fraktion:

Böschen, Sybille

Crueger, Jens

Kottisch, Andreas

Schmidt, Uwe

Tsartilidis, Elias

Von der CDU-Fraktion:

Bergmann, Birgit

Bödeker, Paul

Kastendiek, Jörg

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Fecker, Björn

Özdal, Turhal

Von der Fraktion DIE LINKE:

Rupp, Klaus-Rainer

Von der Fraktion der FDP:

Steiner, Lencke

Von der Gruppe BBR:

Schäfer, Christian

Deputation für Sport

Von der SPD-Fraktion:

Böhrnsen, Sören

Feddern, Andreas

Peters-Rehwinkel, Insa

Rosenkötter, Ingelore

Von der CDU-Fraktion:

Lucht, Sascha

Lübke, Marco

Scharf, Detlef

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Fecker, Björn

Öztürk, Mustafa

Von der Fraktion DIE LINKE:

Tuncel, Cindi

Von der FDP-Fraktion:

Zenner, Peter

28. Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Richterwahlausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Richterwahlausschusses:

SPD

Mitglieder

Aulepp, Sascha

Grotheer, Antje

Stellvertreter/-in

Tschöpe, Björn

Rosenkötter, Ingeborg

CDU

Mitglied

Dr. Yazici, Oguzhan

Stellvertreter

Röwekamp, Thomas

Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied

Dogan, Sülmez

Stellvertreter

Özdal, Turhal

DIE LINKE

Mitglied

Erlanson, Peter

Stellvertreter

Tuncel, Cindi

29. Wahl von sieben Mitgliedern und sieben stellvertretenden Mitgliedern des Landesbeirats für Sport

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Landesbeirats für Sport:

Von der SPD-Fraktion:

Feddern, Andreas

Stellvertreter: Böhrnsen, Sören

Peters-Rehwinkel, Insa

Stellvertreterin: Krümpfer, Petra

Rosenkötter, Ingelore

Stellvertreter: Pohlmann, Jürgen

Von der CDU-Fraktion:

Lucht, Sascha

Stellvertreter: Scharf, Detlef

Lübke, Marco

Stellvertreter: Strohmam, Heiko

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Öztürk, Mustafa

Stellvertreter: Saxe, Ralph

Von der Fraktion DIE LINKE:

Tuncel, Cindi
Stellvertreter: Janßen, Nelson

30. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Betriebsausschusses Performa Nord

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Betriebsausschusses Performa Nord:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter/-innen</u>
Gottschalk, Arno (SPD)	Mahnke, Manuela (SPD)
Hamann, Rainer (SPD)	Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)
Liess, Max (SPD)	Reinken, Dieter (SPD)
Hinners, Wilhelm (CDU)	Eckhoff, Jens (CDU)
Dr. vom Bruch, Thomas (CDU)	Bensch, Rainer (CDU)
Dr. Schierenbeck, Anne (Bündnis 90/Die Grünen)	Dogan, Sülmez (Bündnis 90/Die Grünen)
Bernhard, Claudia (DIE LINKE)	Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE)
Prof. Dr. Hiltz, Hauke (FDP)	Steiner, Lencke (FDP)

31. Wahl von fünf Mitgliedern und fünf stellvertretenden Mitgliedern des Parlamentarischen Beirats der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwest e. V.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Parlamentarischen Beirates der Metropolregion Bremen-Oldenburg e. V.:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter/-in</u>
Kottisch, Andreas (SPD)	Crueger, Jens (SPD)
Weigelt, Helmut (SPD)	Schmidt, Uwe (SPD)
Strohmann, Heiko (CDU)	Neumeyer, Silvia (CDU)

Bücking, Robert
(Bündnis 90/Die Grünen)

Saxe, Ralph
(Bündnis 90/Die Grünen)

Janßen, Nelson (DIE LINKE)

Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE)

32. 37. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 20. März 2015
(Drucksache [18/1795](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 37. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

33. 9. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 20. März 2015
(Drucksache [18/1796](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 9. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

34. Bericht der Freien Hansestadt Bremen zur Umsetzung des Sanierungsprogramms
2012/2016
Mitteilung des Senats vom 28. April 2015
(Drucksache [18/1839](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

35. Bericht über die Aktivitäten der nordmedia - Film- und Mediengesellschaft
Niedersachsen/Bremen mbH
Mitteilung des Senats vom 28. April 2015
(Drucksache [18/1840](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Bericht über die Aktivitäten der nordmedia - Film- und Mediengesellschaft Niedersachsen/Bremen mbH zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

36. Jugend im Parlament 2014
Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie
vom 9. Juni 2015
(Drucksache [19/4](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie Kenntnis und leitet diesen Bericht an die teilnehmenden Jugendlichen über die Bürgerschaftskanzlei weiter.

37. Gute Pflege als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben
Pflegeinfrastrukturbericht für das Land Bremen
Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2015
(Drucksache [19/5](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

38. Achtzehnter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Achtzehnter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)
Mitteilung des Senats vom 7. Juli 2015
(Drucksache [19/15](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Achtzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge Kenntnis.

39. Anhebung des Schwellenwertes bei der Errichtung von Flüchtlingsunterkünften bezüglich Kapitel 2.6 der Richtlinien zum Verkauf von Grundstücken des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aus dem Jahr 2008
Mitteilung des Senats vom 7. Juli 2015
(Drucksache [19/16](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

40. Parlamentarische Repräsentation im Kontrollgremium der Polizei sicherstellen - Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE
vom 13. Juli 2015
(Drucksache [19/19](#))
1. Lesung
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

41. Gesetz über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juli 2015
(Drucksache [19/27](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist den Gesetzesantrag zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss (federführend) und den staatlichen Petitionsausschuss.

42. Wahl von zwei Mitgliedern und drei stellvertretenden Mitgliedern des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordneten Sybille Böschen und Sandra Ahrens zu Mitgliedern und die Abgeordnete Sascha Aulepp anstelle der Abgeordneten Sybille Böschen und die Abgeordneten Manuela Mahnke und Dr. Oguzhan Yazici zu stellvertretenden Mitgliedern des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses.

43. Wahl des stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union (AdR) für die 6. Mandatsperiode vom 2015 bis 2020

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete Dr. Henrike Müller anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn zum stellvertretenden Mitglied in den Ausschuss der Regionen der Europäischen Union (AdR) für die sechste Mandatsperiode von 2015 bis 2020.

44. Geheimhaltungsordnung der Bremischen Bürgerschaft
Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses
vom 21. Juli 2015
(Drucksache [19/32](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Geheimhaltungsordnung der Bremischen Bürgerschaft zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses Kenntnis.

45. Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Opfer von Stalking wirkungsvoll schützen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 30. Juni 2015
(Drucksache [19/8](#))
2. Schaffung von drogenfreien Bereichen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 8. Juli 2015
(Drucksache [19/17](#))

3. Robuste Einrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schaffen - Jugendliche vor Kriminalität schützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 14. Juli 2015
(Drucksache [19/22](#))

4. Ehe für alle!
Antrag (EntschlieÙung) der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE
vom 21. Juli 2015
(Neufassung der Drucksache [19/25](#) vom 15. Juli 2015)
(Drucksache [19/31](#))

In Vertretung

Frank Imhoff